

# Selbst- und Fremdbilder des (bundes-)deutschen Soldaten

## Leitfragen

- (1) *Wie haben sich die Selbst- und Fremdbilder des bundesdeutschen Soldaten seit Gründung der Bundeswehr verändert?*
- (2) *Welche Faktoren beeinflussen diese Veränderungen?*
- (3) *Sind die Selbst- und Fremdbilder des (bundes-)deutschen Soldaten deckungsgleich?*
- (4) *Welche Folgen lassen sich durch die Veränderungen der Selbst- und Fremdbilder innerhalb der Bundeswehr beobachten?*

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Die Fragen *Wer bin ich?* oder *Was bin ich?* treiben die Menschen um. Folgt man einer populären Karikatur, geht man mit diesen Fragen zu einem Psychologen, wenn man selbst keine Antwort darauf findet. Seiner Antwort im Cartoon – *Moment, das haben wir gleich* – folgen jedoch drei Pünktchen, die andeuten, dass eine Antwort zu finden vielleicht doch schwieriger ist, als zunächst gedacht. Wenn es also, wie im Folgenden, um Selbst- und Fremdbilder geht, können wir ähnliche Schwierigkeiten vermuten, denn auch bei diesen Begriffen geht es um die eingangs gestellten Fragen. Die Erwartung einer eher unübersichtlichen Gemengelage wird sodann auch durch die im Titel vorgegebene Konzentration auf Selbst- und Fremdbilder des bundesdeutschen Soldaten gestützt. Denn mit dem Genitiv des (bundes-)deutschen Soldaten kann sowohl jeder einzelne Soldat<sup>2</sup> der Bundeswehr als auch der Soldat der Bundeswehr allgemein, d. h. als Repräsentant der Gruppe der Soldaten generell, gemeint sein.

Um unser Themenfeld zu kartographieren, gehen wir deshalb wie folgt vor. Zunächst werden wir das Begriffsfeld um Selbst- und Fremdbild in der gebotenen Kürze umreißen (2). Anschließend skizzieren wir einen konzeptionellen Vorschlag zur Erfassung von Selbst- und Fremdbildern von Soldaten (3), bevor wir dieses Konzept auf den deutschen Fall anwenden (4). Wir schließen mit einer Zusammenfassung und einem

---

<sup>1</sup> Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder.

<sup>2</sup> Wir verwenden den Begriff des Soldaten geschlechtsneutral, d. h. Soldat schließt bei uns den männlichen wie auch den weiblichen Soldaten ein.

Ausblick auf Selbst- und Fremdbilder des (bundes-)deutschen Soldaten in der überschaubaren Zukunft (5).

## 2 Das Begriffsfeld

Die Begriffe Selbst- und Fremdbild stehen in einem Begriffsfeld, zu dem auch Begriffe wie Identität, Selbstverständnis, Berufsbild und Leitbild zu zählen sind (vgl. Dörfler-Dierken/Kümmel 2010). Sie werden – in unterschiedlichem Maße – sowohl für Individuen als auch für Kollektive verwendet. So spricht man etwa von dem Selbstbild, dem Selbstverständnis oder der Identität eines Soldaten, aber auch des Militärs insgesamt. Auch der Begriff des Fremdbildes wird mit Bezug auf den individuellen Soldaten und auf die Streitkräfte insgesamt benutzt, beschreibt aber eine Außenansicht auf den Soldaten bzw. das Militär. Demgegenüber können Berufs- und Leitbild zwar auch individuell gerahmt werden, doch ist ihre Verwendung mit Blick auf ein Kollektiv die üblichere. Man spricht hier also von dem Berufs-, zuweilen auch von dem Leitbild des Soldaten und meint damit den Soldaten *pars pro toto*. Die konventionelle Konnotation für den Begriff des Leitbildes wiederum ist programmatischer Natur und meint das normativ vorgegebene Leitbild der militärischen Organisation für sich selbst und ihre Angehörigen, beschreibt also eine kollektive programmatische Vorgabe, ein kollektives präskriptiv-basales Bild der Organisation für sich selbst und ihre Mitglieder.

All diese Begriffe sollen das Wesen bzw. das Besondere des Individuums und des Kollektivs kennzeichnen. Wichtig ist hierbei zu betonen, dass der Charakter bzw. das Spezifikum des Individuums und des Kollektivs keineswegs statischer Natur sind. Vielmehr können sie im Zeitverlauf durch Erlebnisse und Erfahrungen in der Vergangenheit und in der Gegenwart sowie durch Veränderungen in der Umwelt modifiziert werden. Eine Befassung mit Fragen des Selbst- und Fremdbildes von Soldaten und Streitkräften greift folglich ohne eine Reflexion ihrer historisch-zeitlichen, organisatorischen, gesellschaftlichen, politischen und globalen Bezüge und der Wirkungen, die von diesen Bezugsgrößen ausgehen, zu kurz. Das Bild des Soldaten kann und muss sich demnach über verschiedene „Aufnahme-Zeitpunkte“ hinweg verändern. Ebenso wichtig ist es herauszustreichen, dass Selbst- und Fremdbilder in einem komplexen, diskursiven, reflexiven und interaktiv-kommunikativen Prozess entstehen; sie werden sozial konstruiert. Damit ist zugleich gesagt, dass Fragen des Selbst- und Fremdbildes des bundesdeutschen Soldaten politische Fragen sind, also in der Auseinandersetzung von gesellschaftlichen Akteuren um die Deutungshoheit bei diesen Begriffen stehen (vgl. Dörfler-Dierken/Kümmel 2010; Dörfler-Dierken 2010).

**Merksatz**

Die Begriffe Selbst- und Fremdbilder, wie auch die Begrifflichkeiten Identität, Selbstverständnis, Berufs- und Leitbild sollen den Grundgedanken und die Eigenart des Individuums/Kollektivs auszeichnen. Dabei ist zu beachten, dass diese Besonderheiten des Individuums/Kollektivs nicht statisch sind, sondern durch Geschehnisse in der Vergangenheit und der Gegenwart, wie auch durch äußere Begebenheiten durch die Umwelt beeinflusst werden.

**3 Selbst- und Fremdbilder des Soldaten: Ein konzeptionelles Modell**

Zunächst ist festzuhalten, dass einige Parameter des soldatischen bzw. des militärischen Selbst- und Fremdbildes durchaus als universell und transhistorisch gelten können. Dazu gehören der Kampf, die Kampf- und Tötungsbereitschaft und die Opferbereitschaft (vgl. Dandeker 1998). Doch damit ist unser Gegenstand beileibe nicht erschöpfend umschrieben. Hinzu kommen Facetten, die kontingent sind und in der Systemumwelt angesiedelt sind (vgl. Edmonds 1990). Zur konzeptionellen Fassung des soldatischen wie auch des militärischen Selbstbildes ist deshalb von Karl Haltiner und Gerhard Kümmel ein dreidimensionales Modell vorgeschlagen worden, das auf Fremdbilder von Soldaten und Streitkräften ausgedehnt und hier in modifizierter Form übernommen wird. Das individuelle soldatische bzw. das kollektive militärische Selbstbild wie auch das Fremdbild von Soldaten und Streitkräften ergeben sich danach aus der jeweiligen Positionierung entlang dreier idealtypischer Achsen (vgl. Abbildung 1).

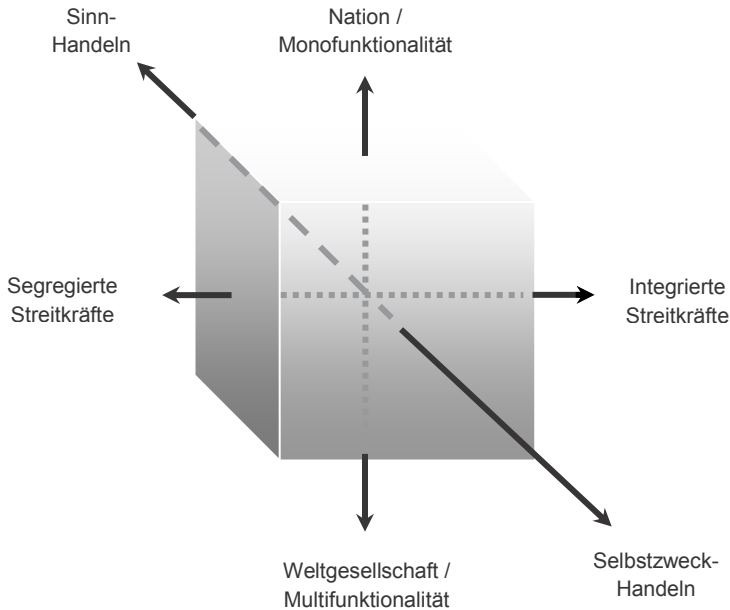


Abbildung 1: Soldatische Identität (vgl. Haltiner/Kümmel 2008: S. 77).

Eine erste Achse bildet individuell-soldatisches und kollektiv-militärisches Handeln zwischen einem sinnhaften Handeln einerseits und einem Handeln als reinem Selbstzweck andererseits ab. Auf dieser motivationalen Achse geht es darum, ob das soldatische Subjekt oder die militärische Organisation für sein bzw. ihr Handeln lediglich eines simplen Befehl-Gehorsam-Impulses und/oder einer relativ banalen Anreizstruktur bedarf, oder ob sein bzw. ihr Handeln in einem größeren, sinnhaften Bezugsrahmen bzw. einem ethisch-politischen Kontext verankert sein muss (vgl. weiterführend Biehl/Bulmahn/Leonhard 2003; Seiffert 2005; Warburg 2008). Um Selbstzweck-Handeln handelt es sich beispielsweise, wenn das soldatische respektive das militärische Tun, etwa ein Einsatz, vorrangig finanziell-ökonomisch motiviert ist, wenn es zuvörderst karrieristischen Motiven entspringt, wenn es ein unreflektiert-technokratisches Befolgen eines Befehles ist oder wenn es – wie beim vielfach gefürchteten „Einsatzjunkie“ – einer rein egoistischen Antriebs- und Bedürfnisbefriedigungsstruktur geschuldet ist. Demgegenüber ist es Sinn-Handeln, wenn das soldatische Tun von der Überzeugung bestimmt ist, dass es ein gutes, ein berechtigtes, ein ethisch-moralisch verantwortungsbewusstes oder politisch akzeptiertes Handeln ist.

Eine zweite Achse verläuft sodann entlang einer klassischen Debatte in der Militärsoziologie, für die die Namen zweier amerikanischer Sozialwissenschaftler – Morris Janowitz und Samuel P. Huntington – stehen. Dabei kennzeichnet der Name Hunting-

ton die Idealvorstellung einer relativ strikten Trennung, einer Segregation des Militärs von der Gesellschaft (vgl. Huntington 1957), während der Name Janowitz die Idealvorstellung gesellschaftlich integrierter Streitkräfte markiert (vgl. Janowitz 1971[1960]). Ist die erste Position bestrebt, die elitär verstandenen Streitkräfte von unerwünschten und permissiven Einflüssen der Gesellschaft abzuschotten, um die Effektivität und Effizienz des Militärs zu sichern, sucht die zweite Position angesichts gesellschaftlicher Leitbilder wie Demokratisierung und Partizipation gerade die Integration in die Gesellschaft und bemüht sich um gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimation.<sup>3</sup> Auf dieser zweiten Achse wird folglich das zivil-militärische Verhältnis verhandelt.

Die dritte und letzte Achse schließlich fragt nach dem mentalen Hintergrund und der Reichweite des Einsatzes der Armee und unterscheidet den nationalen und den post-nationalen bzw. welt(risiko-)gesellschaftlichen Referenzrahmen. Differenziert wird hierbei also zwischen einem relativ engen Operationsfeld der Streitkräfte entlang nationaler Orientierungen einerseits und einem vergleichsweise weit gefassten, global-internationalen Operationsfeld des Militärs im Kontext weltgesellschaftlicher bzw. kosmopolitischer Orientierungen andererseits, wie sie beispielsweise in der *Responsibility to Protect* (R2P) und im Begriff der menschlichen Sicherheit abgebildet werden (vgl. ICISS 2001; Ulbert/Werthes 2008). Ersteres ist durch die traditionellen militärischen Aufgaben der Verteidigung, der Abschreckung und des Angriffs umschrieben, letzteres durch nicht-traditionale Funktionen wie *Peacekeeping*, humanitäre Interventionen, *Peaceenforcement*, *Post-Konflikt-Peacebuilding*, *State-* und *Nationbuilding* (vgl. Kümmel 2003; Haltiner 2006). Damit sind zugleich verschiedene Sets von soldatisch-militärischen Funktionen und Kompetenzen benannt. In den Zeiten, als der Zweck der Streitkräfte mit der Verteidigung des nationalen Territoriums relativ eng gefasst war, fokussierten sich die soldatischen Kompetenzerfordernisse auf den Kampf. Entsprechend lag der Akzent soldatischer Identität in jenen Tagen auf der Kämpfer-Rolle. Das Kompetenzprofil war eng umschrieben und konzentrierte sich beinahe monofunktional auf den bewaffneten Kampf. Alle anderen Funktionen besaßen demgegenüber bestenfalls sekundäre Bedeutung.

Die skizzierte Erweiterung militärischer Missionen verlangt indes ein erheblich breiteres Kompetenz-Set. Der Soldat im Auslandseinsatz – der *miles protector* (vgl. Däniker 1992) – benötigt multifunktionale Fähigkeiten. Hier wäre an diplomatische oder „scholar-statesman“-Qualitäten (vgl. Moskos 2000: S. 15) wie auch an die Kompetenzelemente eines Konstablers und eines Streetworkers (vgl. von Bredow 2006) zu denken, ohne die internationale Stabilisierungsoperationen nicht adäquat und erfolgreich durchgeführt werden können. Aus diesem Grunde ist die Kämpfer-Fähigkeit heute eine notwendige, nicht aber hinreichende Kompetenz, so dass sie auch keine hinreichende Basis soldatisch-militärischer Identität mehr darstellt. Diese Identität lässt sich

---

<sup>3</sup> Wie unschwer zu erkennen ist, liegt der in Deutschland immer wieder thematisierte Gegensatz zwischen Reformern und Traditionalisten genau auf dieser Achse (vgl. Bredow 2008: Kap. 8).

mit dem Bild des Schweizer Militärmessers illustrieren, das neben der großen Klinge ein ganzes Set ergänzender Werkzeugteile vorzuweisen hat. Dem Anspruch moderner Streitkräfte hinsichtlich ihres militärischen und soldatischen Anforderungsprofils nach ist das soldatische Subjekt heute hybrid und multifunktional. Es ist für beiderlei Geschlecht sowohl Kämpfer und Krieger wie Gendarm, Polizist, Konstabler, Diplomat, Entwicklungshelfer, Mediator, Wiederaufbauhelfer und bewaffneter Sozialarbeiter. Als Experten in Sachen Gewaltanwendung, die die Soldaten bleiben müssen, müssen sie zugleich politisch gebildet sein und über kulturelle und soziale Empathie, Kommunikationsfähigkeit, interkulturelle Kompetenz, Kooperations-Professionalismus und diplomatische Fähigkeiten verfügen (vgl. Kümmel 2003; von Bredow 2010). Neben einer Säule des soldatischen Selbstverständnisses, die sich auf Patriotismus und nationale Verpflichtung stützt, ist eine zweite Säule auszubilden, die auf einer Art humanitären Kosmopolitismus und der Orientierung an Menschenwürde und Menschenrechten beruht und nationalen Interessen nicht widerspricht, sondern sie übersteigt. Teamfähigkeit, kritische Loyalität, Reflexions- und Urteilsfähigkeit hinsichtlich des eigenen Handelns und der eigenen Verantwortung und ein Bewusstsein für eine Rückbindung der Streitkräfte an demokratische Legitimation und für eine hinreichende Einbindung der Armee in gesamtgesellschaftliche Bezüge gehören ebenso zu einer modernen soldatischen Identität wie ein Globalisierungsprozesse reflektierendes Verständnis von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

**Merksatz**

Soldatische Identität gestaltet sich durch ein dreidimensionales System aus, in welchem sich Sinn- und Selbstzweckhandeln, segregierte und integrierte Streitkräfte sowie Mono- und Multifunktionalität antagonistisch gegenüber stehen.

**4 Die Bundeswehr, ihre Angehörigen und Fragen der Identität**

Wie wir anhand des Modells zur soldatischen Identität gesehen haben, entstehen die Selbst- und Fremdbilder von Soldaten und Streitkräften im Allgemeinen wie auch die Selbst- und Fremdbilder von deutschen Soldaten und Streitkräften im Speziellen, um die es in diesem Beitrag vorrangig geht, in einem komplexen Prozess. Zunächst ist es die jeweils vorhandene spezifische Verfassung der internationalen Beziehungen zu einem gegebenen Zeitpunkt, die ein Anforderungs- und Fähigkeitsprofil für die Streitkräfte und ihre Angehörigen definiert, das Eingang in die soldatische/militärische Identität findet. Es kommt demnach auf den jeweiligen weltordnungspolitischen Bezugsrahmen an (4.1). Die Umsetzung dieser Fähigkeits- und Anforderungsprofile, die sich aus der je spezifischen Ausgestaltung der internationalen Beziehungen ableiten lassen,

erhält durch die Politik des jeweiligen Landes und die jeweils verfolgten Interessen eine je spezifische Prägung (4.2). Des Weiteren setzen die Streitkräfte jeweils die Vorgaben der Politik um und unterliegen damit einem mal mehr, mal weniger ausgeprägten, doch kontinuierlichen organisationalen Wandel, der seinen Niederschlag im Berufsbild und im Leitbild der Streitkräfte und damit in soldatischer/militärischer Identität findet (4.3). Schließlich sind in den modernen demokratischen Systemen gesellschaftliche Akteure an Prozessen der Konstruktion, Dekonstruktion und Rekonstruktion von soldatischer/militärischer Identität beteiligt. Das Selbstbild wie auch das Berufsbild des Soldaten werden sozusagen gesellschaftlich, also durch die Fremdbilder gesellschaftlicher Akteure, modelliert (4.4). Zu guter Letzt wären dann noch diejenigen Akteure – staatliche, wie nicht-staatliche, in- wie ausländische und militärische wie zivile – zu nennen, die im Rahmen von militärischen Aktionen mit den Streitkräften, hier also der Bundeswehr, in Berührung kommen und ein Bild von ihr besitzen und entwickeln. Das sind beispielsweise gesellschaftliche Gruppen und politische Akteure in den jeweiligen Einsatzländern, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie humanitäre und Entwicklungshilfe-Organisationen und andere Streitkräfte, also militärische Koalitions- und Kooperationspartner und militärische Gegner (4.5).

Bei all diesen „Bildhauern“, das muss am Ende noch hinzugefügt werden, spielt in allerdings unterschiedlicher Art und Weise und in unterschiedlicher Intensität der Zeitfaktor eine Rolle. Die Eigen-, Selbst- und Fremdbilder, die über die Bundeswehr und ihre Angehörigen gegenwärtig in Umlauf sind, werden durch Eigen-, Selbst- und Fremdbilder der Vergangenheit beeinflusst, wobei auch auf Bilder von deutschen Soldaten und Streitkräften rekurriert wird, die aus vor-bundesdeutscher Zeit stammen. Die Selbst- und Fremdbilder des deutschen Soldaten wie auch des deutschen Militärs weisen folglich, aufgrund der deutschen Geschichte der letzten gut 100 Jahre, eine hohe Komplexität und Vielfalt auf (4.6). Was lässt sich nun vor diesem Hintergrund über Eigen-, Selbst- und Fremdbilder der Bundeswehr und ihrer Soldaten sagen?

#### *4.1 Weltordnungspolitisches*

Etwas vereinfacht lassen sich für die Bundeswehr und die mit dieser Bezeichnung verknüpfte Zeit seit Ende des Zweiten Weltkrieges zwei deutlich voneinander verschiedene weltordnungspolitische Umwelten unterscheiden. Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts, also bis 1989/90, wurden die internationalen Beziehungen durch die Bipolarität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Verbündeten auf der einen Seite und der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der anderen Seite bestimmt. Der Antagonismus zwischen Washington und Moskau ist mithin als Strukturkonflikt der internationalen Beziehungen in dieser Zeit zu verstehen. Er prägte sämtliche andere Konfliktkonstellationen auf diesem Globus. Aufgrund der ihm rüstungstechnologisch innewohnenden nuklearen Komponente und der damit drohenden



globalen atomaren Katastrophe war er ein Kalter Krieg, was allerdings nicht ausschließt, dass (a) bisweilen ein Umschlagen in einen heißen Krieg drohte und (b) lokale bzw. regionale Kriege stattfanden. Auf der internationalen Ebene prägte hingegen die wechselseitige Abschreckung zwischen den USA und der UdSSR und ihre „antagonistische Kooperation“ das Bild (vgl. von Bredow 1975).

Das in dieser Zeit geteilte Deutschland war direkt in den bipolaren Konflikt einbezogen und ein wichtiger Schauplatz desselben. Während die Deutsche Demokratische Republik Mitglied des Warschauer Paktes und somit Bündnispartner der Sowjetunion war, gehörte die Bundesrepublik der Nordatlantischen Allianz an und war somit Bündnispartner Washingtons. Im Falle eines Umschlagens des Kalten Krieges in einen heißen Krieg wäre Deutschland sofort und unmittelbar Kriegsschauplatz geworden. Die Bundeswehr rüstete sich in dieser Zeit für einen solchen Konflikt und folgte dem Prinzip des Kämpfen-können-um-nicht-kämpfen-zu-müssen. Sie war damit mental, organisationell, strategisch, taktisch und operativ auf Abschreckung hin ausgerichtet. Überspitzt formuliert war damit ein tatsächlicher militärischer Einsatz in einem Ost-West-Krieg beinahe rein virtueller Natur, da weitgehend Konsens darüber bestand, dass dieser mutmaßlich konventionell beginnende Ost-West-Krieg binnen kurzer Zeit in einen globalen nuklearen Schlagabtausch mit massiver weltweiter Zerstörung münden würde.

Seit dem „Ende der Geschichte“ (vgl. Fukuyama 1992) in den Jahren 1989/90 sind deutliche Veränderungen in den internationalen Beziehungen zu beobachten. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Demokratisierungsprozesse auf dem Gebiet des ehemaligen sowjetischen Imperiums und das damit einhergehende Ende des Ost-West-Konflikts haben eine „Turbulente Weltordnung“ (vgl. von Bredow 1994) hervorgebracht. Die Bipolarität ist Multipolarisierungs- und Multilateralisierungsprozessen, aber auch Versuchungen in Richtung Unipolarisierung gewichen; der zähmende Deckel des amerikanisch-sowjetischen Antagonismus auf dem Dampfkessel internationaler Konflikte (vgl. Czempiel 1993) fehlt, alte Konflikte sind wieder aufgebrochen, neue Konflikte sind hinzugekommen, und gewaltsam ausgetragene Konflikte und Kriege sind spätestens seit 9/11 in die „Zones of Peace“ (vgl. Singer/Wildavsky 1993) der westlichen Welt zurückgekehrt. Vor dem Hintergrund von in den verschiedenen Kriegen seit den 1990er Jahren zu beobachtenden Gewaltexzessen bis hin zu genozidalen Phänomenen hat aber auch der *something-has-to-be-done*-Faktor (vgl. Dandeker 1998; ders. 1999) an Bedeutung gewonnen, hat humanitär und weltgesellschaftlich-kosmopolitisch motiviertes Handeln der internationalen Staatengemeinschaft und von ad-hoc-Koalitionen der Willigen zugenommen, wurden Konfliktprävention und Konfliktnachsorge eine größere Aufmerksamkeit zuteil. Entsprechend ist eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der Streitkräfte im Sinne der oben bereits angesprochenen Hybridität zu diagnostizieren, ein Prozess, dem sich auch die Bundeswehr nicht entziehen konnte.



**Merksatz**

Auf die Bipolarität des Kalten Krieges folgten Multipolarität und Multilateralismus, was unweigerlich eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der Streitkräfte (Konfliktprävention, -nachsorge) nach sich zog.

#### 4.2 *Die deutsche Politik*

Der politische Tapetenwechsel, den die deutschen Streitkräfte über die letzten 100 Jahre hinweg erlebt haben, ist zweifellos bemerkenswert (vgl. Kutz 2006): Vom Kaiserreich (vgl. Neugebauer 2006) über eine Quasi-Militärdiktatur gegen Ende des Ersten Weltkriegs (vgl. Desch 1999: S. 68-77; Neugebauer 2007a) bis zur Weimarer Republik (vgl. Hansen 2007), vom Dritten Reich (vgl. Neugebauer 2007b; ders. 2007c) über das geteilte Deutschland (vgl. Bald 1994; Nägler 2007; Rogg 2008; Wenzke/Zündorf 2008) bis zur Wiedervereinigung (vgl. Bald 2005; Görtemaker/Wenzke 2008) und bis zu den modernen Auslandseinsätzen weit jenseits des deutschen Territoriums (vgl. Mair 2007; Pommerin 2008; Jaberger u. a. 2009; Viehrig 2010). Die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland hat unter den Vorzeichen des Ost-West-Konflikts und gegen nicht ganz unerheblichen gesellschaftlichen Widerstand die Westbindung des westlichen Teils des geteilten Deutschlands verfolgt und sich infolgedessen in die Strukturen der westlichen Staatengemeinschaft eingebunden. Auch militärisch betrieb die Regierung Adenauer die Einbindung in den Westen und dessen militärische Organisationen wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die Westeuropäische Union (WEU) und, natürlich vor allem, das Nordatlantische Bündnis (NATO). Entsprechend folgte der „besetzte Verbündete“ (Rupieper 1991), d. h. die Bonner Republik, der westlichen Interpretation der weltordnungspolitischen Lage und trug seinen Streitkräften die Rolle des Verteidigers und vor allem des Abschreckers auf.

Auch das wiedervereinigte Deutschland, die Berliner Republik, teilt seit Beginn der 1990er Jahre weitgehend die westliche Analyse der internationalen Politik und ist bestrebt, im Sinne einer aktiven weltordnungspolitischen Gestaltungsmacht der internationalen Verantwortung einer Mittelmacht gerecht zu werden (vgl. Duffield 1998; Junk/Daase 2013). Militärisch implizierte dies, den Schwenk vom Verteidiger und Abschreckter hin zum hybriden Soldaten zu implementieren, der auch nicht nur virtuell, sondern tatsächlich zum Kämpfen in der Lage sein soll. Mit dieser Maßgabe trat die deutsche Regierung an die Bundeswehr heran.

Die (west-)deutsche Politik hat, im Verein mit den militärisch Verantwortlichen für die Bundeswehr, den deutschen Streitkräften eine enge Anbindung an die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, verordnet. Ihre Organisationsphilosophie der Inneren Führung soll eine weitgehende bzw. eine im internationalen Vergleich zu anderen westlichen Streitkräften und Armeen der Verbündeten etwas weitergehende Orientie-

rung an demokratisch-politischen Parametern und Werten und Normen sowie zusätzlich ihre Integration in die (bundes-)deutsche Gesellschaft gewährleisten. So sollte der Herausbildung von Weimarer Verhältnissen – Stichwort: Armee als Staat im Staate – vorgebeugt werden. Idealbild war und ist dabei der Bürger in Uniform, der Bürgersoldat, der über weite Strecken des hier betrachteten Zeitraums hinweg über die Institution der Wehrpflicht mit den Aufgaben und Funktionen der Streitkräfte und ihrer Soldaten vertraut gemacht wurde (vgl. Baudissin 1969; Dörfler-Dierken 2005; Ebeling 2006; Nägler 2010).

Hinzu kommt, dass die deutsche Politik vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit dem Parlament eine größere Mitsprache einräumt, wenn es um die Bundeswehr geht. So wurde zum einen das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages eingeführt, der die Funktion eines Ombudsmannes erfüllt und Ansprechstelle für Eingaben und Beschwerden aus der Bundeswehr ist. Seinem jährlich vorgelegten Bericht kommt eine große politische Bedeutung zu, und er gilt als Barometer für die Lage in den Streitkräften (vgl. Schlaffer 2006). Zum anderen unterstehen die Bundeswehr und ihr Einsatz nicht wie in den meisten westlichen Demokratien vor allem der politischen Exekutive. Die deutschen Streitkräfte und die deutschen Soldaten erhalten hingegen ihre Aufträge in erster Linie von den Abgeordneten des Volkes, dem Deutschen Bundestag, nicht nur vom Kanzler und dem Kabinett. Dies macht die bundesdeutschen Streitkräfte zur eigentlichen Volksarmee, die sich von der Exekutivarmee abhebt, die man bei den meisten Verbündeten findet. Eine solche Parlamentsarmee bedeutet eine doppelte Kontrollfunktion für den Bundestag, übt er doch dadurch eine Kontrolle der Regierungstätigkeit und eine Kontrolle der Bundeswehr und ihrer Einsätze aus. Andererseits sind aber auch Situationen vorstellbar, in denen die Praxis und die Notwendigkeit parlamentarischer Kompromissbildung und die Interessen der Abgeordneten, einschließlich ihrer möglichen Wiederwahl nach vier Jahren, Fallstricke bereithalten können (vgl. Wiefelspütz 2005; Noetzel/Schreer 2007).

#### **Merksatz**

Demokratisierung und politische Integration sind konstitutive Wesensmerkmale deutscher Streitkräfte. Wichtige Stichworte sind hierbei: Staatsbürger in Uniform, Wehrbeauftragter und Parlamentsarmee.

### *4.3 Streitkräfte*

Die Bundeswehr ist in dem hier betrachteten Zeitraum den Vorgaben der Politik gefolgt und hat sich den Aufgaben gestellt, die ihr von der jeweiligen politischen Führung des Landes übertragen wurden, und infolgedessen nie den Primat der Politik in Frage gestellt. Diese Aufgaben haben sich unter dem Eindruck der weiter oben be-

Handbuch Militärische Berufsethik

Band 2: Anwendungsfelder

Bohrmann, Th.; Lather, K.-H.; Lohmann, F. (Hrsg.)

2014, VI, 428 S. 8 Abb., 5 Abb. in Farbe., Hardcover

ISBN: 978-3-658-06341-2